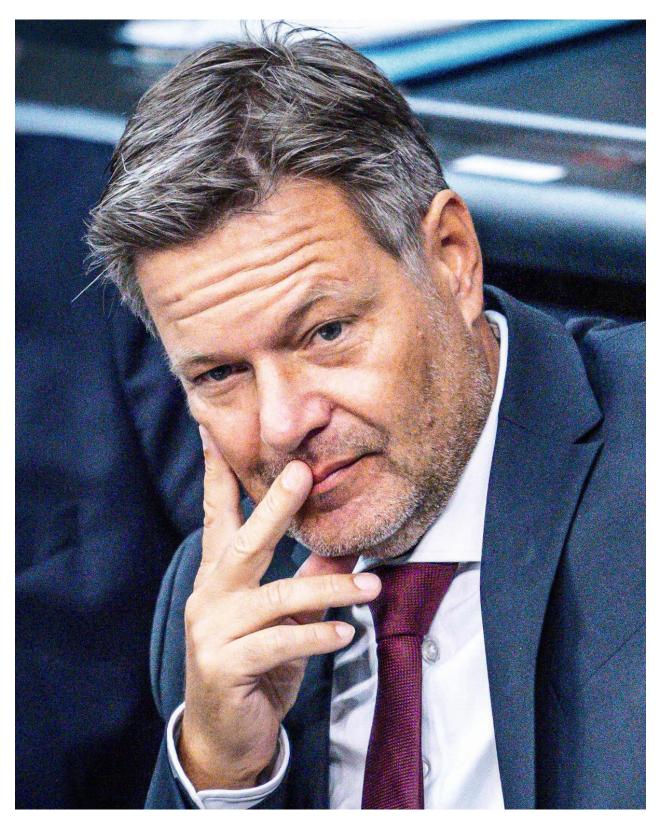


FOCUS vom 17.09.2022, Nr. 38, Seite 46 / WIRTSCHAFT

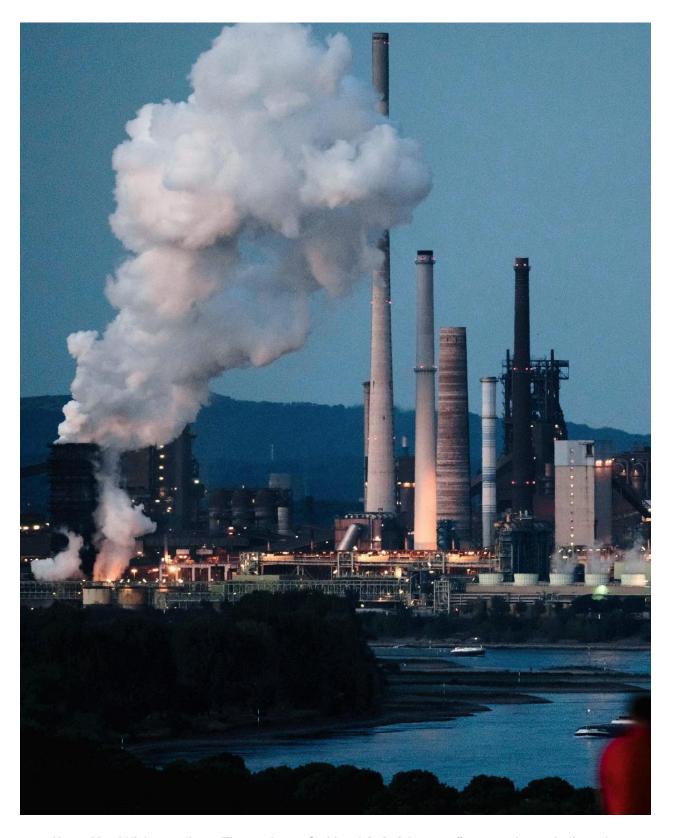
Titelthema

Wie düster wird es?

Die deutsche Industrie ist in einem noch desolateren Zustand als ihr Wirtschaftsminister Robert Habeck. Inflation, explodierende Energiekosten und Zinswende haben dramatische Folgen: Schon drohen vielerorts die Lichter auszugehen. Es wäre Zeit für eine radikale Neuorientierung



Abstieg mit Ansage Im Frühjahr begann Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck noch als großer Erklärbär. Einige Pannen und Pleiten später gilt er nicht nur der Industrie als akutes Problem Fotos: Michael Kappeler, Fabian Strauch/beide dpa

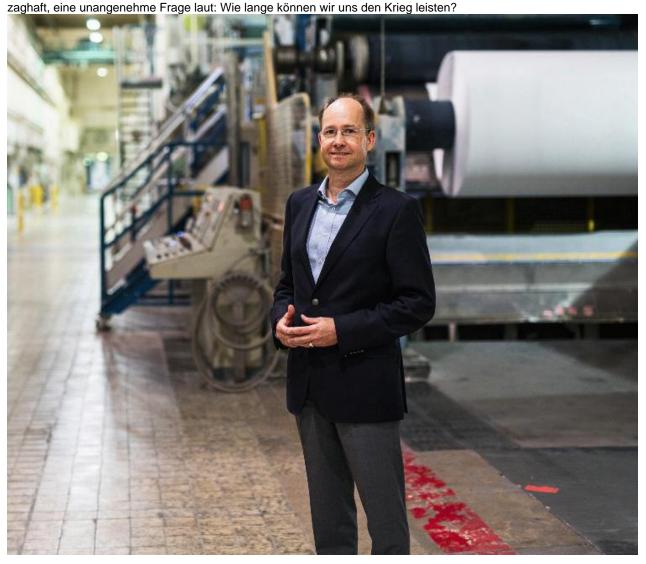


Heavy Metal Nicht nur dieses Thyssenkrupp-Stahlwerk in Duisburg gerät wegen der explodierenden Energiekosten in echte Probleme

Plötzlich entscheiden Energiepreise, welche Firmen überleben

Wir Deutschen wissen bekanntlich alles, und am liebsten wissen wir es besser. Antworten haben wir viele. Manchmal stellen wir allerdings die falschen Fragen, was diesen Sommer besonders auffällig wurde: Müssen wir uns von Winnetou verabschieden? Wie oft dürfen wir im Winter noch warm duschen? Und wird das Toilettenpapier schon wieder knapp,

nachdem jüngst der Düsseldorfer Mittelständler Hakle in die Insolvenz getrudelt ist? Die ersten beiden Fragen zeigen nur, dass wir noch immer auf einer Art Insel der Seligen zu leben glauben. Die dritte deutet zumindest zart an, worauf wir uns gefasst machen müssen: die komplette Dekonstruktion des gesamten Geschäftsmodells Deutschland. Selbst historisch desaströse Zeitenwenden beginnen bisweilen unauffällig. Nun eben mit Toilettenpapier. Hakle geriet ins Aus, weil zur Herstellung von Papier große Mengen Energie nötig sind. Aber deren Preise sind zuletzt in nie für möglich gehaltene Höhen geschnellt, weil Wladimir Putin der deutschen Wirtschaft kein Gas mehr liefert. Was knapp wird, wird auch teuer. Inzwischen so unfassbar teuer, dass eben nicht nur Stahlproduzenten eine Kernschmelze droht, sondern dem gesamten Standort Deutschland, ja Europa. Während die Bundesbürger gerade noch fröhlich erschöpft aus dem ersten Nach-Corona-Sommerurlaub zurückkehren, droht zu Hause ein Wirtschaftsbeben, wie es die Bundesrepublik noch nie erlebt hat seit ihrer Gründung 1949. Schulden auf Rekordhöhe. Inflation ebenso. Die nahende Rezession dürfte die nächste Folge unserer gesellschaftlichen Übereinkunft sein, dass in der Ukraine auch unsere eigene Freiheit verteidigt wird und wir deshalb Putin die Stirn bieten müssen. Koste es, was es wolle! Was es wolle? Zurzeit geht es für die Bundesbürger noch um Lebensmittel- und Strompreise. Bald dürften Millionen von Jobs auf dem Spiel stehen. Schon jetzt wird, wenn auch noch



Tschüss, Klimaschutz! Der Papier-Produzent Hans-Christoph Gallenkamp und seine Osnabrücker Familienfirma Schoeller Group fühlten sich Nachhaltigkeitszielen durchaus verpflichtet. Aber dann explodierten die Gaspreise. Deshalb nutzt er nun statt Gas wieder einen alten Kohleofen - einfach weil die Kohle gerade billiger ist Fotos: Felix Hüffelmann für FOCUS-Magazin, Michael Gstettenbauer/imago images

Davon will Siegfried Russwurm zwar nichts wissen. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) mahnt, dass es erst recht unbezahlbar würde, wenn wir uns raushielten aus dem Schicksal der Ukraine. Und sicher hat er recht. Aber auch Russwurm wird im FOCUS-Gespräch deutlich: Dauerhafte Betriebsschließungen, Insolvenzen und selbst "eine schleichende Deindustrialisierung" seien jetzt "eine echte Gefahr" (Interview ab Seite 54). Tatsächlich ist die Zahl der Insolvenzen im August im Vergleich zum Vorjahr bereits deutlich gestiegen. Von einer Trendwende spricht Steffen Müller, der am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) die Abteilung Strukturwandel und Produktivität leitet. In den nächsten Wochen und Monaten könnten noch größere Betriebe als Hakle in die Zahlungsunfähigkeit rutschen. Zu den Energiekosten gesellt sich ein weiterer Problemfaktor: Schon zweimal hat die Europäische Zentralbank im Kampf gegen die Inflation die Zinsen angehoben. Das aber macht es Unternehmen ausgerechnet jetzt schwieriger, an Kredite zu kommen. Prompt erwischt es eben nicht mehr nur energieintensive Unternehmen. Bei Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer gehen jeden Tag neue Alarmmeldungen ein von Betrieben, die ihre Produktion einstellen müssen. Betroffen sind Bäckereien,

Textilreiniger, Kfz-Werkstätten, Metzgereien. Alle eigentlich. Eine "riesige Insolvenzwelle" rolle heran, sagt auch Reinhold von Eben-Worlée, Präsident des Verbands der Familienunternehmer. "Und sie wird noch viel größer." DIHK-Präsident Peter Adrian warnt vor "Wohlstandsverlusten in bislang unvorstellbarem Ausmaß". Und Markus Jerger bilanziert: "Wir erleben einen Todeskampf in einem Teufelskreis." Jerger ist Chef des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW), in dem sich Tausende von kleinen und mittleren Unternehmen organisiert haben.

Bedingt wettbewerbsfähig

Es sind die Schrittmacher der hiesigen Wirtschaft. Firmen wie die Westfälische Drahtindustrie (WDI). 1856 in Hamm gegründet. 1400 Beschäftigte. Alle Kriege und Krisen hat die WDI überlebt. Aber das, was gerade geschieht, ist so einzigartig wie existenziell, sagt Geschäftsführerin Katja Pampus. Ihr Umsatz ist von 630 auf nunmehr knapp 900 Millionen Euro explodiert. Nicht weil sie mehr produziert, sondern weil sie ihre exorbitant gestiegenen Energiekosten, die mittlerweile über denen fürs Personal liegen, sowie die ebenfalls wachsenden Preise für die Vorprodukte bisher an ihre Kunden weitergeben kann. Noch. Ihr Rohmaterial heißt Walzdraht, den sie bei ArcelorMittal und anderen europäischen Konzernen einkauft. Dort wird der Nachschub knapp, denn der Stahlriese muss selbst Teile seiner Produktion stilllegen. Es wird also bereits bei den Lieferanten eng.



Willkommen, Klimaschutz! Firmenchef Dirk Neumayer (r.) aus Hausach setzte früh auf Energiesparen und -effizienz



Vorbote der Krise Der Düsseldorfer Mittelständler Hakle war das erste größere deutsche Unternehmen, das die dramatisch gestiegenen Energiepreise nicht mehr stemmen konnte und Insolvenz anmelden musste. Auf Deutschland rolle eine "riesige Insolvenzwelle" zu, fürchtet Reinhold Eben-Worlée vom Verband der Familienunternehmer Die Energiekosten der WDI haben sich allein von Juni bis August verdoppelt. Vor einem Jahr zahlte Katja Pampus noch 1,5 Millionen Euro monatlich. Nun sind es sechs Millionen. Ihren Kunden geht's nicht besser, sodass viele Produkte auf dem Weltmarkt am Ende bald jede Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Das nämlich ist der größte Horror: In den USA oder weiten Teilen Asiens hat sich an den Energiepreisen kaum etwas geändert. Dort sind Putin und der Krieg weit weg. "In diesem Umfeld kann keine international wettbewerbsfähige Produktion stattfinden", sagt Rob van Gils, Präsident des Gesamtverbands der Aluminiumindustrie. 9000 Euro kostete die hiesigen Unternehmen zuletzt allein der Strom, um eine Tonne Roh-Aluminium herzustellen - bei einem Weltmarktpreis von 2300 Euro. "Wenn wir nicht zeitnah eine Lösung finden, wird es bald keine Aluminiumhütten mehr in Deutschland geben", warnt Hinrich Mählmann, Inhaber des Metallverarbeiters Otto Fuchs in Meinerzhagen. Auch WDI-Chefin Pampus ist entsprechend verzweifelt: "In einem Land wie unserem ist eine funktionierende Energieversorgung Teil der Infrastruktur und als solche eine der wichtigsten staatlichen Aufgaben überhaupt." Als hätten Unternehmer wie sie nicht schon genug Probleme: Personalmangel, Bürokratie, Umweltauflagen ? "Wettbewerbsfähige Preise für Strom und Gas halte ich für eine Grundvoraussetzung, um in Deutschland Industrie zu halten, zumal wir immer unsere Steuern bezahlt haben", sagt Pampus. "Das ist unfassbar, wie man uns da ignoriert." Das jüngste Entlastungspaket der Bundesregierung hat zwar viele Bevölke-rungsgruppen berücksichtigt. Auch die zuletzt vergessenen Rentner bekamen diesmal was ab. Nur die Wirtschaft wurde ignoriert. "Kleine, mittelständische, innovationsfreudige Unternehmen werden geopfert, das ökonomische Herz der Republik", klagt BVMW-Chef Jerger. Im Zentrum dieses perfekten Sturms steht der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck, der aktuell in einem fast so desolaten Zustand ist wie die Industrie, für die er einstehen sollte. Sein Absturz vom grau melierten Erklärbär der Koalition zum Problemfall begann schon im Frühjahr, als er sich in Katar medienwirksam vor dem Emir verbeugte, aber ohne irgendeinen Liefervertrag für das dringend benötigte Flüssiggas zurückkehrte. Dann kam Habecks verkorkste Gasumlage, die manchen Versorgern plötzlich Riesengewinne bescherte anfänglich samt 19-prozentiger Mehrwertsteuer, die nur einen fitter machte: den Staat. Selbst SPD-Chef Lars Klingbeil warf Habeck "handwerkliche Fehler" vor. Der Grüne verzettelte sich danach in ideologisch erstaunlich krümeligen Debatten über den Weiterbetrieb der letzten drei deutschen Atommeiler. Und während die ersten Firmen in die Pleite trudelten, verlor sich

Habeck noch bei "Sandra Maischberger" in semantischen Feinheiten: Man müsse ja nicht immer gleich Insolvenz anmelden, sondern könne auch einfach mal die Produktion einstellen. Wo ist der Unterschied? Außer vielleicht, dass die einen etwas lauter sterben, weil sie auch noch überschuldet sind, und die anderen eher leise aufgeben? Da hatte die deutsche Wirtschaftspolitik endgültig Pippi-Langstrumpf-Niveau erreicht. "Habeck ist ja auch selbst Kinderbuchautor, da sollte man die ökonomischen Ansprüche nicht zu hoch schrauben", ist noch das Netteste, was man seither aus dem Unternehmerlager über den gebürtigen Lübecker hören kann. Zur Erinnerung: Die Bundesrepublik hatte als zuständigen Minister mal den Wirtschaftswissenschaftler Ludwig Erhard, der "Wohlstand für alle" versprach - und auch lieferte. Selbst der aktuelle Bericht von Habecks Ministerium zur wirtschaftlichen Lage vermag das Drama dagegen kaum noch zu kaschieren: "Die deutsche Wirtschaftsleistung könnte in der zweiten Jahreshälfte stagnieren oder rückläufig sein", heißt es fast zaghaft. Als Antwort verspricht Habeck, was Grünen dazu eben so einfällt: Geld.



»Wir erleben einen Todeskampf in einem Teufelskreis«Markus Jerger, BVMW-Geschäftsführer

Das bislang auf die Industrie zielende "Energiekostendämpfungsprogramm" will er für Handwerk und Dienstleistungsgewerbe öffnen. "Jetzt ist Krise und nicht Schuldenbremse", sagt etwa der Wirtschaftsweise Achim Truger. Wann da nun aber konkret wer mit wie viel Geld rechnen kann, ist völlig unklar. Habecks digitales Gipfeltreffen mit rund 40 Mittelstands-Vertretern endete am Dienstag mit Müdigkeit auf beiden Seiten. Bei seiner anschließenden Pressekonferenz ging es bald fahrig um Koeffizienten, Programme, Grenzwerte. Es fielen Sätze wie: "Wir müssen natürlich auch, wie eine paradoxe Gegenbewegung, ein Signal setzen? dass Sparsamkeit sich weiter lohnt? insofern kann ich mir vorstellen, dass wir nicht nach oben offen Anteile übernehmen, sondern nur bezogen auf eine Energiemenge, die sich auf irgendetwas bezieht, beispielsweise den

Vorjahresverbrauch, um einen Anreiz zu setzen, dass man weiter Energieeffizienz hochhält." Alles klar? Die Frage "Sind wir noch zu retten?" wird mit Habeck allmählich frivol doppeldeutig. Es komme jetzt jedenfalls darauf an, wie schnell man sich in der Bundesregierung einigen könne auf konkrete Maßnahmen. Habecks Subtext: Falls es nicht klappt, sind ab jetzt Olaf Scholz und Christian Lindner schuld. Wenn die Politik eines beherrscht, dann ist es die Sprache des Ausnahmezustands: Hauptsache, Rettungsschirme aufspannen, Hilfspakete schnüren, Bazookas durchladen. Aber wie lange kann das Schuldenmachen überhaupt gut gehen? Besonders energieintensive Firmen und Branchen sind ja lediglich die Ersten, die es irgendwann nicht mehr schaffen, die explodierenden Kosten an ihre Kunden weiterzugeben: Stahl, Chemie, Glas und eben Papier, was übrigens nicht nur die Körper-, sondern auch die politische Hygiene verändern könnte. Mit dem Papier könnte auch der Druck von Zeitungen, Magazinen und Büchern bald unbezahlbar werden. Für eine aufgeklärte Demokratie dürfte das ebenso gefährlich werden wie das Wackeln industrieller Riesen fürs Bruttoinlandsprodukt.



Foto: dpa

»Wettbewerbsf ähige Preise halte ich für eine Grundvoraussetzung« Katja Pampus, WDI-Chefin

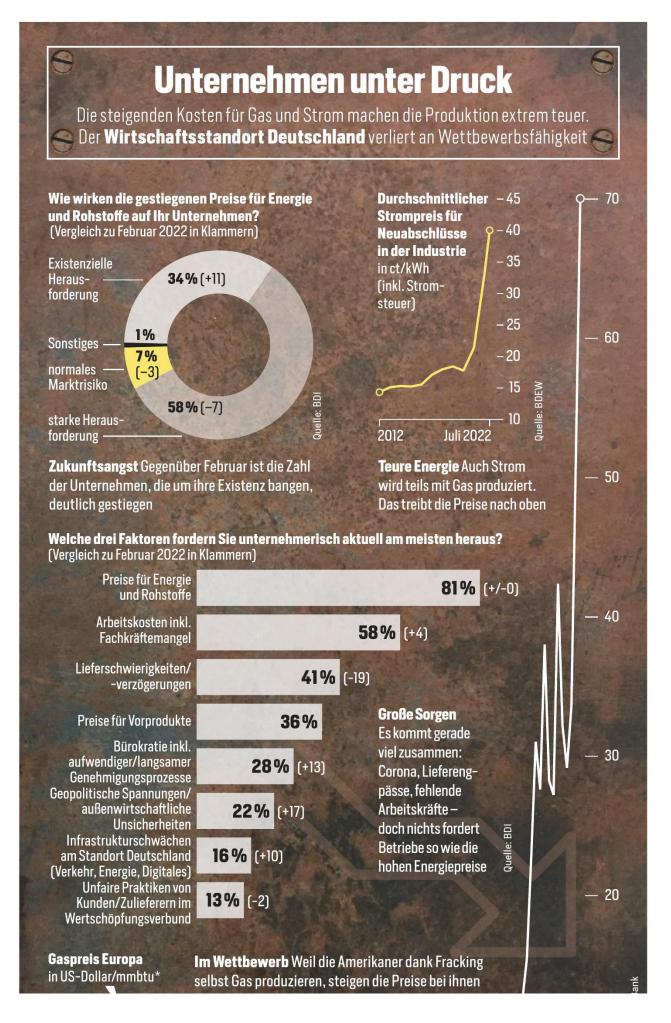
Die Abwärtsspirale

Papier ist weniger geduldig, als der Volksmund behauptet. Auch Hans-Christoph Gallenkamp steckt schon mittendrin in der Krise. Der 52-Jährige leitet in fünfter Generation die Schoeller Group mit Hauptsitz in Osnabrück: einen Papierhersteller mit fünf Werken in Deutschland und sieben weiteren im Rest der Welt. Knapp die Hälfte seiner 2000 deutschen Mitarbeiter hat Gallenkamp schon in Kurzarbeit schicken müssen. Der Grund: Während die Energiepreise steigen, sackt bei ihm auch noch

die Nachfrage ab. Was bei ihm als große Rollen das Stammwerk verlässt, ist in erster Linie Dekorpapier für die Möbelindustrie. Aber wer kauft noch einen Schrank, wenn er schon das Geld für die Heizung kaum noch aufbringt? Gallenkamp kann seine Energiekosten deshalb nicht mehr über höhere Preise an seine Kunden weitergeben. Damit es trotzdem weitergeht, kommt bei ihm nun täglich ein Krisenteam zusammen. Einkauf, Controlling, Werksleitung - gemeinsam versuchen sie, die Produktion am Laufen zu halten. Eines bleibt dabei fürs Erste auf der Strecke: der Klimaschutz, dem sich Gallenkamp als Familienunternehmer eigentlich verpflichtet fühlt. Erst im letzten Jahr hatten sie in Osnabrück den alten Kohleofen stillgelegt und durch moderne Gasturbinen ersetzt. Eine Investition in die Zukunft sollte das sein, denn irgendwann soll die Anlage mal mit Wasserstoff laufen. Nun aber geht es erst mal vorwärts in die Vergangenheit. "I am back", steht auf dem Zettel, den jemand auf die Klappe des roten Kohleofens geklebt hat. Darunter das Datum, als sie das Ding reanimiert haben: 10. Juli 2022. Kohle ist derzeit einfach günstiger und damit zumindest eher bezahlbar als Gas. Zwar ist Gallenkamp niemand, der sofort nach Staatshilfen rufen würde. Aber ihm fehle bei der Politik "das Verständnis dafür, wie bedeutend die Industrie für den Wohlstand in Deutschland ist". Und selbst das beliebte Instrument der Kurzarbeit ist ja endlich. Allein in der Pandemie hat der Staat dafür rund 46 Milliarden Euro ausgegeben. Die Kasse der Bundesagentur für Arbeit ist leer, das Konsumklima im Keller. Verrückterweise begleitet von Arbeitskräftemangel und Rezession gleichermaßen. Ein ebenso ungewöhnlicher wie gefährlicher Mix. Der Verband der Automobilindustrie (VDA) hat seine Markterwartung für Deutschland deshalb von drei Prozent Wachstum auf minus sechs gekappt. VDA-Chefin Hildegard Müller sagt: "Die Belastungen für die gesamte deutsche Industrie sind mittlerweile so hoch, dass unser Wirtschaftsmodell infrage steht." Und auch die Innenstädte fürchten nach der großen Corona-Agonie den nächsten Exitus. Außer einem Optimismus-Signal in Nürnberg (siehe Seite 46) herrscht vielerorts schon Drama. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet damit, dass das deutsche Wirtschaftswachstum bis 2027 auf 0,7 Prozent fallen werde. Die Dynamik ließe "aufgrund des demografischen Wandels" ohnehin nach. War's das also? Wirtschaftswunderland - abgebrannt?

Und was könnte getan werden?

Was das Land nun sicher am wenigsten braucht, sind Debatten über zwei AKW als letzte Stromreserve. Eher sollten strategische Neubestimmungen verhandelt werden. Etwa: Wie gehen wir generell mit dem Thema Atomkraft um, die seit geraumer Zeit ja selbst vielen Umweltschützern wieder als Option gilt? Wie praktikabel ist Fracking in Deutschland? Wie stellen wir in Zukunft einen breiten Energiemix sicher, der ja am ehesten fallende Preise mit sich bringen würde? Pro Megawattstunde Strom dürften die Preise nicht mehr über 200 Euro liegen, fordern Fachleute. Derzeit sind sie mehr als doppelt so hoch. Um das zu stoppen, müssten "wirklich alle Möglichkeiten genutzt werden, um das Energieangebot auszuweiten", sagt etwa Stefan Kooths, Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Also keine Tabus mehr? Weil sich die Wirtschaft schon vor dem Preisschock mitten in der Transformation befand, sollten "Anreize zur Energieeinsparung und Klimaneutralität auf jeden Fall erhalten bleiben", findet der Wirtschaftsweise Achim Truger.





"Wir brauchen nicht nur erneuerbareEnergien. Wir brauchen ein in vielen Bereichen erneuertes Land", mahnt BVMW-Chef Jerger. Dazu gehöre auch "ein Staat, der seine Ausgaben optimiert, statt immer neue Schulden zu machen. Der sich um effiziente Rahmenbedingungen kümmert und dort investiert, wo es dem Land nutzt: die Zukunft." Das bedeutet für Jerger: "Ein schlanker Staat, weniger Bürokratie, niedrigere Steuern, mehr Digitalisierung." Der deutsche Mittelstand könne "nicht der Dauerzahler der Republik sein. Sonst gehen wirklich bald die Lichter aus." "Wenn wir jetzt einfach massig staatliche Hilfsgelder ausschütten, verlagern wir das Problem nur in die Zukunft", meint IWH-Fachmann Müller. Stattdessen sollten "Firmen jetzt gezielt günstige zweckgebundene Staatskredite erhalten, um in eine nachhaltigere, weniger <mark>energieintensive</mark> Produktion zu investieren". So gesehen könnte die Krise eine Chance sein, die deutsche Wirtschaft sogar schneller grüner und nachhaltiger zu machen. Ein Unternehmen, das diesen Schritt schon geschafft hat, ist die Richard Neumayer GmbH aus Hausach im Schwarzwald. Das 420-Mitarbeiter-Unternehmen verarbeitet jährlich mehr als 40 000 Tonnen Stahl zu Schmiedeteilen, Komponenten für den Maschinenbau, Zahnräder, Getriebe, Fahrwerke. Mehr als die Hälfte der Produktion geht an die Autoindustrie, jedes zehnte Teil ist in einem Elektroauto im Einsatz, Tendenz steigend. Für den Zulieferer, ein Familienunternehmen in fünfter Generation, sind die hohen Gas- und Strompreise weniger ein Thema als für andere. Fossile Energie werde nur noch begrenzt benötigt: "Schon mein Vater und mein Großvater begannen, die Produktion auf das Induktionsverfahren umzustellen", erzählt Geschäftsführer Dirk Neumayer. Ein Induktionsofen erhitzt den Stahl mit Strom statt mit Gas. Die Technologie gilt als energieeffizient, vermeidet direkte Emissionen und wird immer moderner.



Foto: dpa

» Die Belastungen sind so hoch, dass unser Wirtschaftsmodell infrage steht « Hildegard Müller, VDA

Zuletzt tauschte Neumayer drei seiner sieben Induktionsanlagen aus. Die neuen Öfen verbrauchen bis zu 20 Prozent weniger Strom als die alten. "Eine Investition von 1,5 Millionen Euro und wir sparen zwei Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr." Das muss natürlich erst mal erwirtschaftet werden. Aber das Wichtigste ist für ihn ohnehin etwas anderes. Vor einigen Jahren stellte er auf Wärmerückgewinnung um: Die heißen Schmiedeteile kommen in eine Art Riesenisolierbehälter, dort bleiben sie auf gewisser Temperatur, bevor die Produktion weitergeht. Im Vergleich zu früher braucht das Verfahren 95 Prozent weniger Energie. üller, VDA Und auch bei den Arbeitsabläufen steht Sparen im Fokus. Früher wurden die Schmiedelinien zu festen Pausenzeiten abgeschaltet. Dadurch kühlte der heiße Stahl ab und musste später wieder erhitzt werden. Heute organisieren die Mitarbeiter ihre Pausen so, dass die Maschinen durchlaufen. Spareffekt: eine Viertelmillion Kilowattstunden Strom. "Alle Entscheidungen, die wir treffen, zielen auf Klimaschutz ab", versichert Neumayer. Im vergangenen Jahr stellte er dann auch noch auf Ökostrom aus Wasserkraftwerken um, die nun fast seinen gesamten Energie-Jahresbedarf decken. "Wir sind jetzt nahezu CO2-neutral." Um vom Strommarkt weniger abhängig zu sein, bekommen alle Dachflächen der Firma Solarzellen. Und Neumayer treibt zudem Pläne für einen Windpark voran. "In fünf Jahren wollen wir die Hälfte unseres Energiebedarfs selbst erzeugen." Mit diesem Kurs aus Energiesparen und -effizienz "haben wir unsere Wettbewerbsfähigkeit bereits heute deutlich gestärkt", so Neumayer. Es gibt schon viele solcher Firmen, Projekte und Initiativen im Land. Die Wirtschaft schlief ja auch hier

nicht. Neumayer ist nur eben schon dort, wo der grüne Wirtschaftsminister irgendwann mal hinwollte, als alles noch überschaubarer war: bei einer sich selbst befeuernden <mark>Energiewende</mark>. Aber Robert Habeck hat jetzt ganz andere Fragen. Viele Fragen. Und bislang erschreckend wenig Antworten.

LESERDEBATTE

Wo und wie sparen Sie jetzt Energie?

Schreiben Sie uns an leserbriefe@ focus-magazin.de

TEXT VON ANDREAS GROSSE-HALBUER, CARLA NEUHAUS, PETER STEINKIRCHNER, THOMAS TUMA UND DANIELA SCHRÖDER

Bildunterschrift:

Abstieg mit Ansage Im Frühjahr begann Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck noch als großer Erklärbär. Einige Pannen und Pleiten später gilt er nicht nur der Industrie als akutes Problem

Fotos: Michael Kappeler, Fabian Strauch/beide dpa

Heavy Metal Nicht nur dieses Thyssenkrupp-Stahlwerk in Duisburg gerät wegen der explodierenden Energiekosten in echte ProblemeTschüss, Klimaschutz! Der Papier-Produzent Hans-Christoph Gallenkamp und seine Osnabrücker Familienfirma Schoeller Group fühlten sich Nachhaltigkeitszielen durchaus verpflichtet. Aber dann explodierten die Gaspreise. Deshalb nutzt er nun statt Gas wieder einen alten Kohleofen - einfach weil die Kohle gerade billiger ist Fotos: Felix Hüffelmann für FOCUS-Magazin, Michael Gstettenbauer/imago images

Willkommen, Klimaschutz! Firmenchef Dirk Neumayer (r.) aus Hausach setzte früh auf Energiesparen und -effizienz

Vorbote der Krise Der Düsseldorfer Mittelständler Hakle war das erste größere deutsche Unternehmen, das die dramatisch gestiegenen Energiepreise nicht mehr stemmen konnte und Insolvenz anmelden musste. Auf Deutschland rolle eine "riesige Insolvenzwelle" zu, fürchtet Reinhold Eben-Worlée vom Verband der Familienunternehmer

Foto: dpa

Foto: dpa

Quelle: FOCUS vom 17.09.2022, Nr. 38, Seite 46

Ressort: WIRTSCHAFT
Rubrik: Titelthema

Dokumentnummer: fo3v-17092022-article_46-1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCU 8fe4289a6f34bc618e122e5533e13f851b7ae6d9

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH